

Zuwanderung: Die einen kommen nicht, die anderen lässt man ziehen

von Thomas Brüggemann

Laut der „Wirtschaftsweisen“ Monika Schnitzer müssten in den kommenden Jahren jedes Jahr 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland zuwandern, um – wofür eine entsprechende Qualifikation natürlich unabdingbar wäre – die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen auf dem derzeitigen Niveau zu halten. Schnitzers Rechnung mag, sofern die von ihr implizit angenommenen Rahmenbedingungen (insb. bei der Qualifikation!) auch eintreffen, rein rechnerisch aufgehen. Doch man würde unser Land dabei endgültig überfordern, sagen mahnende Stimmen.

Denn selbst wenn es gelänge, jedes Jahr so viele und gut qualifizierte Menschen aus aller Herren Länder für Deutschland zu interessieren (ein überbürokratisiertes Hochsteuerland mit abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit!), stieße man doch schnell an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit. Man denke nur an die nicht erst dann fehlenden Plätze in Kindergärten und Schulen, vom sich verschärfenden Wohnungsmangel ganz zu schweigen. Und Abhilfe wird man kaum schnell genug schaffen können – das werden schon die Vertreter der deutschen Bürokratie (angefangen in den Bauämtern) zuverlässig zu verhindern wissen.

Hinzu kommt eine nach wie vor unterschätzte menschliche Komponente, die der Schweizer Schriftsteller Max Frisch angesichts der seit Beginn der 1960er Jahre erfolgten Gastarbeiterinwanderung mit „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“ umschrieb. Nun würde eine kulturelle Überforderung der deutschen Gesellschaft drohen. Dies, da sind sich die meisten Kritiker weitgehend einig, selbst dann, wenn anders als in der Vergangenheit hauptsächlich rechtstreu, aufstiegsorientierte und integrationswillige Menschen nach Deutschland kämen. Und wäre es nicht zunächst erfolgversprechender und auch kostengünstiger, dem geistigen Aderlass entgegenzuwirken, der von einer sechsstelligen Zahl Deutscher ausgeht, die jedes Jahr auswandern? Neben manchen Glücksrittern, die wohl überall anzutreffen sind, sollen es vor allem gut ausgebildete und leistungsbereite junge

Menschen sein, die vor der deutschen Bürokratie und einer immer chaotischeren Politik geradezu fliehen. Sie zu halten wäre eine wichtige politische Aufgabe. Doch in Berlin und an anderen Orten lässt man sie ziehen – vielleicht fürchtet man insgeheim, dass aus ihnen zu „kritische“ Bürger werden könnten. ■

Kulturelle Opposition

Jenseits der großstädtischen rot-grünen Mehrheitskultur (woke, vegan und multikulturell) hat sich nach Auffassung mancher Beobachter inzwischen eine Gegenbewegung etabliert, deren Hochburgen insbesondere auf dem Land, in Mitteldeutschland und auch in kleinen und mittelgroßen Städten anzutreffen sind. Es ist eine kulturell-politische Opposition, die den Klimaschutz für übertrieben hält, die Sprache der angeblich „sprachsensiblen“ Menschen als „Orwellschen Neusprech“ ablehnt und die sich der zunehmenden Politisierung selbst ihrer Ernährungsgewohnheiten widersetzt. Und viele von ihnen sehen auch im Ziel einer multikulturellen Gesellschaft ein großes Risiko. Nicht nur für sich selbst, sondern auch für deren Verfechter, denen dann das „Schwingen der Regenbogenfahne“ möglicherweise recht schnell wieder ausgetrieben würde...

Bei der Mehrheit der Grünen wird man für diese noch weitgehend schweigenden Menschen kaum mehr als Verachtung empfinden. SPD, Union und FDP stehen sich hier ein Stück weit selbst im Weg, weil deren angebliche „Brandmauer gegen Rechts“ sich oft auch gegen jene richtet, die sich lediglich um ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder sorgen. Inzwischen gibt es erste politische Beobachter, die hier eine Chance für Politiker insbesondere aus dem konservativ-liberalen Bereich sehen, wenn diese sich wieder der Sorgen und Nöte vieler Vertreter der (noch) arbeitenden Mehrheit annehmen sollten. Als einer der ersten ist es derzeit CSU-Chef Markus Söder, der sich in einem ersten Schritt in den letzten Wochen wiederholt öffentlich zum Fürsprecher dieser Milieus machte. Doch weil „ein Söder“ genauso wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, bleibt die weitere Entwicklung erst einmal abzuwarten. ■

Dipl. Ök. Thomas Brüggemann

ist Präsident des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer

